

# Die Maschine muß zur Kasse

Von Dieter Kampe

Was immer den Neuzeitmenschen lieb und teuer war, galt auch als sicher, unproblematisch und beherrschbar: Spannbetonbrücken, Challenger-Raketen und natürlich auch Kernkraftwerke.

Ende April ließ Norbert Blüm, Minister für Arbeit und Soziales, bundesdeutsche Litfaßsäulen ganz zeitgemäß mit dem Spruch plakatieren: „Eins ist sicher – die Rente!“

Doch einer Bevölkerung, deren Instinkt für verharmlosende Lügen in letzter Zeit extrem geschärft wurde, kann auch ein Selbstdarstellungskünstler wie Blüm nicht mehr ohne weiteres einreden, alles im Griff zu haben. So wenig die Strahlenschutzkommission weiß, nach wieviel Radioaktivität Spinat ungesund ist, so wenig weiß Blüm die Frage zu beantworten, woher das Geld zur Finanzierung der Altersbezüge in Zukunft kommen soll. Ritualhafte Sicherheitsbeschwörungen helfen ihm nicht und beruhigen niemanden.

Was nicht sein darf, wissen alle: Drastische Herabsetzung des Rentenniveaus und/oder deutlich höhere Beiträge zur Rentenversicherung. Beides wird kommen, wenn nichts passiert.

Niedrigere Renten hieße, die Alten um ihre Einlagen zu betrügen. Höhere Beiträge würde bedeuten, die Arbeitnehmer allmählich in einen Motivationsstreik zu treiben. Schließlich muß sich Leistung auszahlen, das hat die Wende-Regierung ja jedem ins Lohnbuch geschrieben.

Was geschehen muß, ist gar nicht so schwer auszumalen: Wenn immer weniger Menschen mit immer mehr Maschinen wachsenden Wohlstand produzieren und dabei eine steigende Rentnerzahl unterhalten müssen, dann ist die Abgabenlast eben aufzuteilen zwischen dem menschlichen Produzenten und dem maschinellen Produktionspartner.

Die Idee, Verbesserungen in der Warenproduktion für die Rentenfinanzen zu nutzen, wurde bereits einmal unter dem Stichwort Maschinensteuer in die Diskussion gebracht. Es gab wütenden Widerstand, kurz darauf war das Thema tabu. Jede Produktivitätsverbesserung, hieß es,

müsse genutzt werden, die Exportstärke auf dem Weltmarkt zu halten und auszubauen.

Das Zauberwort Wettbewerbsfähigkeit wirkte auf die Maschinensteuer-Idee wie das Weihwasser auf die Teufelsbrut: Sie verschwand in der Versenkung. So war zwar die Debatte beendet, aber die Finanzierungsfragen blieben unbeantwortet.

Ein Dauerzustand kann die gegenwärtige Situation nicht sein. Da kommen die Gewinne des technischen Fortschritts fast allein den privaten Unternehmen zugute; die Kosten – der Unterhalt der Arbeitslosen, die soziale Sicherung – trägt die gesamte Gesellschaft.

Die neuen Technologien, produktivitätssteigernd und arbeitsplatzvernichtend, sollten gewiß nicht so hart besteuert werden, daß ihr Einsatz

nicht mehr lohnt. Einen Teil der Extragewinne – mittels einer Steuer auf die Wertschöpfung der Unternehmen – an den Staat abzuführen, ermöglicht indes soziale Sicherung, ohne die internationale Konkurrenzfähigkeit zu gefährden. Nicht einmal die (durchschnittliche) steuer-

erliche Belastung der Unternehmen, die sicherlich hoch ist, muß dabei zunehmen: Die ungeliebte Gewerbesteuer beispielsweise kann endlich abgeschafft werden; und die Lohnnebenkosten können sinken, weil die vom Arbeitgeber zu tragenden Beiträge zur Rentenversicherung – wegen der neuen Finanzquelle – abnehmen.

Die Belastung trifft jene Firmen am härtesten, die am stärksten rationalisieren und die höchsten Produktivitätszuwächse verzeichnen. Die aber können sie auch am leichtesten verkraften. Das ist keine Strafe für den Tüchtigsten, sondern ein partnerschaftliches Teilen der Gewinne mit der Gesellschaft – mit eben jener Gesellschaft, die gewinnträchtiges Produzieren ermöglicht, und die auch die sozialen Folgen trägt.

Die Prognose, dies alles sei der Untergang der deutschen Wirtschaft, mußte sich schon die Bismarcksche Sozialgesetzgebung gefallen lassen. Das damalige Experiment hat sich ausgezahlt.

---

*„Blüms  
Beschwörungen  
beruhigen  
niemanden“*

---

er fühlt sich „wie in der Türkei und damit glücklich“.

Das Glück vor der Glotze beginnt meist um 17.30 Uhr. Dann geht im örtlichen Kabelprogramm „TD 1“ das türkisch-deutsche Fernsehprogramm auf Sendung.

Während die Kamera über Minarette und Bosphorus schwenkt, schmettern in Reih und Glied postierte Chöre die türkische Nationalhymne. Folkloretänzer schwingen das Bein, Schlagersänger knödeln, Fußballer, Nachrichtensprecher und Politikerrunden vermitteln dreieinhalb Stunden lang türkische Aktualität.

Das Programm entstammt überwiegend der offiziellen türkischen Sendeanstalt TRT. Deren Sendekonserven kommen per Luftfracht aus Istanbul, die Nachrichten gibt es, einschließlich Wetterbericht, somit immer erst tags darauf.

Zwar werden auch die Informations-Videos gesendet, mit denen Berlins Sozialsenator über Alltagsprobleme wie Miete, Arbeitslosigkeit oder Aufenthaltsberechtigung aufklärt. Doch mehr Eigenleistung als ein tägliches „Berlin-Magazin“ von wenigen Minuten Dauer schafft der von den Geschäftsführern Egon Stoffers und Atalar Özçakir betriebene Neun-Mann-Sender noch nicht.

Bedarf ist massenhaft. „Von denen, die Anschluß haben, wird das Programm laufend gesehen“, weiß Lehrerin Bal.

Nach offizieller Schätzung sind unter Berlins 232 000 verkabelten Haushalten rund 15 000 türkische. Zudem: um TD 1 zu sehen, ist nicht immer ein Kabeltuner am Gerät vonnöten. Sonderkanal 10, Schauplatz des „Türk televizyon“, liegt in dem Frequenzbereich, der mit Geräten älterer Bauart zu empfangen ist.

So weiß denn auch Kemal Dönmez, Hauswart in der Tempelhofer Borussiastraße, seine ganze Mieterschaft komplett auf Empfang. 40 türkische Parteien wohnen im Haus, so schrieb er dem Sender, „und alle 40 sehen TD 1“.

Als TD 1 Anfang des Jahres bei der türkischen Kundschaft um Meinungsäußerungen gebeten hatte, kam die Post „waschkörbeweise“ (Stoffers), weit überwiegend Beifall, Durchhaltewünsche und Dank beispielsweise „für die große Hilfe, die sie den hier lebenden türkischen Gastarbeitern leisten“.

„Teilweise suchartige Züge“ beim Konsum heimischer Fernsehware ermittelte Barbara John, Ausländerbeauftragte des Berliner Senats, schon beim Boom der türkischen Videotheken (SPIEGEL 42/1983). Daß nun statt der Schulze vom Band zunehmend die seichte Regierungswelle aus Ankara über den Schirm geht, ist für die Ausländerbeauftragte ein weiteres Stück „Flucht ins türkische Trivialgetto“.

Denn die TD-1-Nachfrage gibt auch einen Begriff von der Isolation, in der Berlins Türken nach wie vor leben, und von der „Distanz zum deutschen Medienangebot“ (Barbara John): Auch Türken, die regelmäßig ARD und ZDF